

Zukunft gestalten statt Mangel verwalten!

NRW kann und muss deutlich mehr investieren

Nordrhein-Westfalen lebt zunehmend von seiner Substanz: Kaputte Straßen und Schienen, marode Schulen, zu wenig Kitaplätze, mangelnder Wohnraum und unterfinanzierte Krankenhäuser machen den Bürger*innen den Alltag schwer. Dieser gewaltige Investitionsstau geht zu Lasten der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze. Aber nicht nur das: Auch das Vertrauen in unsere Demokratie ist gefährdet, wenn der Staat und seine Institutionen nicht mehr als voll handlungsfähig wahrgenommen werden.

Daher ist klar: NRW muss seine öffentlichen Investitionen deutlich steigern. Der DGB hat die **Studie „Investieren jetzt!“** in Auftrag gegeben, um zu beziffern, wie hoch dieser Investitionsbedarf ist und wie er finanziert werden kann.

156 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahre

Wir haben uns fünf zentrale Felder angeschaut: Klimaschutz, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheit und Bildung. Die Wissenschaftler haben für uns ermittelt, wie hoch die Investitionen in diesen Bereichen sein müssen, damit Politik ihre selbstgesteckten Ziele erreicht – also Klimaneutralität bis 2045, den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie den Bau ausreichend vieler Sozialwohnungen. Personalkosten sind in die Berechnungen nicht einbezogen.

Ergebnis der Studie ist: In den fünf untersuchten Bereichen müssen in den nächsten 10 Jahren rund 156 Milliarden Euro öffentlich investiert werden.

Politikfeld	Maßnahmen	2023–2032 Mrd. EUR
Klimaschutz	Insgesamt	51,60
	- Öffentliche Bereiche	36,55
	- Förderung privater Investitionen	15,05
Infrastruktur	Insgesamt	12,20
	- Breitbandförderung des Landes	0,40
	- Verkehrsinfrastruktur Land (Straßen, Brücken, Rad)	11,80
Wohnen	Sozialwohnungen	35,00

Politikfeld	Maßnahmen	2023–2032 Mrd. EUR
Gesundheit	Insgesamt	34,59
	- Krankenhäuser – Abbau Investitionsstau	13,80
	- Krankenhäuser – Investitionsbedarf	18,70
	- Pflegeinfrastruktur	2,09
Bildung	Insgesamt	22,70
	- Schulen	10,00
	- Hochschulen	6,00
	- Universitätskliniken	6,00
	- Studierendenwohnheime	0,70
Summe		156,09

Höhere Investitionen sind finanzierbar

Natürlich wäre es am klügsten, die Einnahmen des Staates zu erhöhen, damit mehr Geld für Investitionen zur Verfügung steht. Ein gerechteres Steuersystem und eine Stärkung der Tarifbindung würden Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen. Zudem hat sich die Schuldenbremse als Zukunftsbremse erwiesen und gehört abgeschafft. Leider ist derzeit weder die Landes- noch die Bundesregierung bereit, diese Weichen zu stellen. Unsere Studie macht daher Vorschläge, wie das Land NRW trotzdem deutlich mehr investieren kann: Es ist schon jetzt möglich, kreditfähige, öffentliche Investitionsgesellschaften zu gründen, die Kredite aufnehmen dürfen und nicht der Schuldenbremse unterliegen. Davon macht die Landesregierung bisher aber zu wenig Gebrauch. Höhere Investitionen sind also keine rechtliche Frage, sondern eine Frage des politischen Willens!

Sparen ist keine Lösung

Fest steht: Investitionen dürfen nicht länger als Kosten und Schulden betrachtet werden, sondern

als Finanzierung einer guten und gerechten Zukunft. Unsere Studie zeigt, dass sich notwendige Investitionen in wenigen Jahren selbst finanzieren. Und sie sind meist Voraussetzung dafür, dass private Investitionen überhaupt getätigt werden. Herausforderungen wie der Klimawandel, die digitale Transformation, der Fachkräftemangel und eine alternde Gesellschaft lassen sich nur mit einer modernen Infrastruktur und einem funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystem bewältigen. Es liegt in der Verantwortung der Politik, dafür Geld in die Hand zu nehmen.

Noch mehr Zahlen, Daten, Fakten?

In unserer Studie „Investieren jetzt!“ gehen wir nicht nur detailliert auf die Investitionsbedarfe ein, sondern zeigen auch, wie sie finanziert werden können.



⇒ **Studie**
„Investieren jetzt!“
nrw.dgb.de/-/UNj